

Die FR schneidet sich ins eigene Fleisch

Zur: „Einschnitte bei der Rundschau“, FR-Wirtschaft vom 9. Dezember

Qualifizierte junge Leute werden rausgeworfen

Als langjährige Abonnentin der Frankfurter Rundschau (seit fast 50 Jahren) bin ich empört über die Entlassung der jungen Kolleg:innen Jana Ballweber, Yağmur Ekim Çay und Maximilian Arnhold, die in der Probezeit gekündigt wurden. Während die großen Print- und Digitalmedien inzwischen auf der Suche nach qualifizierten jungen Kräften sind und gute Leute bei unabhängigen Digitalplattformen (z.B. Krautreporter) abwerben, geht die FR den umgekehrten Weg. Sie wirft diejenigen raus, die sie teils selbst ausgebildet hat und die ihre journalistischen Qualitäten längst bewiesen haben wie z.B. Yağmur Ekim Çay durch ihre Mitarbeit am Dossier „Die Wunden von Hanau – Der rassistische Terroranschlag“ vom 19. Februar 2020.

Dass diese Kündigungen in zeitlichem Zusammenhang mit der Teilnahme am Verdi-Streik gesehen werden müssen, empfinde ich als Skandal.

Helmi Elisabeth Karst, Mühlheim a.M.

Ist das wirklich eine wirtschaftliche Idee?

Zwei Artikel greifen einen gemeinsamen Aspekt auf: Das Verlagshaus Axel Springer baut die App Upday um. Als ein Ziel wird genannt: Nutzer mit „Nachrichten zu Themenkomplexen zu versorgen, die in der digitalen Welt im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen“. Springer plant, bis Mitte 2024 70 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu entlassen zugunsten eines KI-basierten Produkts.

Die FR-Geschäftsführung beschließt, die App FR+ soll nicht mehr redaktionell betreut werden, das Digitalprodukt selbst soll aber erhalten bleiben. Drei Mitarbeiter schon mal entlassen. Klingt als hätten die beiden Verlagshäuser die gleiche üble wirtschaftliche Idee. Das dürfte kaum vor den Print-Medien Halt machen.

Die Nachrichtenauswahl trifft auch dort die künstliche Intelligenz nach Klicks (= Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit). Wie soll auf dieser Basis eine fortlaufend recherchierte Berichterstattung möglich sein? Was werden wir noch erfahren, wenn sich die erste Aufregung wie z.B. nach dem Mordanschlag in Hanau gelegt hat? Wenn keine Journalistin, kein Journalist dran bleibt? Hintergründe und Folgen würden im Dunkeln bleiben. Wird nur noch tagesaktuell nach emotionaler Ladung berichtet, wird unser Wissen und das (nicht immer angenehme) Verständnis unserer Gesellschaft in der Informationsflut versanden.

Meine Befürchtung ist, dass es sein könnte, dass es mir und anderen Lesern nicht einmal auffallen wird. Wollen wir das?

Brigitte Schrittenlocher, Friedberg

Für welche Moral, für welche Haltung steht Ippen?

Die Entscheidungen der Geschäftsführung der FR-Rundschau sind eigentlich keine Überraschung. Herr Rempel scheint der perfekte Vollstrecker des Kurses und der Politik der Ippen-Gruppe zu sein. Spätestens ab dem Zeitpunkt als die Übernahme der Rundschau durch Ippen erfolgte, wurde das Ende dieser Zeitung als linksliberale Stimme eingeläutet. Für welche Moral Dirk Ippen steht, wurde deutlich an seinem Verhalten in der Angelegenheit von Herrn Reichelt und der Bildzeitung. Für welche Politik Dirk Ippen steht, erkennt man beim Lesen seiner persönlichen Kommentare. Rolf Lang, Heusenstamm

Ihr habt unsere volle Solidarität

Was glaubt diese Geschäftsführung, warum wir als Hamburger seit Jahrzehnten und generationsübergreifend die Frankfurter Rundschau abonniert haben und lesen? Wir wollen engagierten, kritischen Qualitätsjournalismus! Alles andere gibt es auch in

Hamburg an jeder Straßenecke und im Papierkorb, auch im Digitalen. Ihr habt unsere volle Solidarität! Ulrich Maske, Hamburg

Fatale Einschnitte und kein Ende

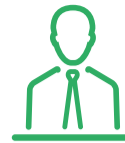
Als Kunde habe ich schlechte Karten: Selbstverständlich werde ich mir nicht selbst insprichwörtliche Knie schießen, indem ich die FR abbestelle. Und mit den Redakteur:innen erkläre ich mich solidarisch.

Aber die Urheber dieser fatalen Einschnitte, der Geschäftsführer Max Rempel und die Ippen-Gruppe als Mehrheitsgesellschafterin, werden sich bestätigt sehen: Hauptsache, die Kohle stimmt! Es ist wie in den meisten Institutionen und Konzernen: Beim Pflegepersonal oder bei Ärztinnen und Ärzten brauche ich mich nicht beschweren, wenn ich im Krankenhaus schlecht behandelt werde, denn die sind massiv überlastet, und an die Verursacher:innen von Misständen komme ich nicht ran. Beim Termin für eine Autoreparatur hänge ich gefühlte Ewigkeiten in der Warteschlange. Als Hausbesitzer kämpfe ich mich stundenlang durch eine vertrackte Software, wozu ich verpflichtet bin, damit die Grundsteuer B neu berechnet werden kann. Nahverkehrszüge fallen aus oder sind total überfüllt. Leserinnen und Leser werden bestimmt zig Beispiele hinzufügen können, wie sie ihrer Zeit und Geduld beraubt werden, damit sich einige Wenige bereichern können. Die Regierung macht Mist, und nicht nur dies, sie begeht Rechtsbrüche (Bundes-Klimaschutzgesetz).

Vor der Alternative einer zunehmend sich radikalierenden CDU mit ihrem dumpf-populistischen Sprücheklöpfer Merz, der nicht einen konstruktiven Vorschlag zur Behebung von Krisen hat, graut mir zutiefst, von den lauernden Rechtsdraußen ganz zu schweigen.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/fr-tarif



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f2023121

Zur Tarifaueinandersetzung bei der FR können Sie hier Ihre Meinung online hinterlegen: frblog.de/fr-tarif

Teil unserer Gesellschaft

Zur: „Was ist dran an Söders Zwischenruf?“, FR-Thema vom 29.11.

Seit meiner Schulzeit lese ich Ihre Zeitung jeden Tag, und ich mag Ihre Zeitung sehr. Über die Rede von Markus Söder in dieser Woche im bayerischen Landtag bin ich entsprechend schockiert. So möchte Söder das Gendern verbieten. Ich finde die Aussage des Ministerpräsidenten extrem rassistisch, volksverhetzend, diskriminierend und antisemitisch. Vergleichbar ist sie damit, als ob er alle Juden von der Verwaltung ausschließen möchte. Dabei hat schon das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass es neben dem männlichen und weiblichen Geschlecht noch weitere Geschlechter gibt. Was soll daran so schlimm sein, hinter Wörter „:innen“ zu setzen? Auch Frauen sind Teil der Gesellschaft!

Zurück zu Ihrer Zeitung. Ich finde es gut, dass Sie eine geschlechtsneutrale Sprache haben und möchte Sie ausdrücklich loben. Ich hoffe sehr, dass Sie den Unsinn von Markus Söder nicht mitmachen werden.

Daniel Witte, Pürgen-Lengenfeld

Reichlich Sprechblasen

Atomkraft: „Von wegen Renaissance“, FR-Wirtschaft vom 7. Dezember

Sehr geehrter Herr Wille, großes Lob für den Artikel. Am Sonntag (3.12.) wurde auf der Titelseite der FAZ-Sonntagszeitung das Gegenteil behauptet.

Vor kurzem habe ich mir einen Überblick über die Stromerzeugung weltweit der letzten 20 Jahre verschafft, unter anderem mit Unterstützung von „Statista.com“. Diese Informationen waren deckungsgleich mit denen in Ihrem Bericht. Die FAZ war meiner Meinung nach schon immer Pro-Atomstrom und nicht objektiv. Darum sind in deren Bericht keine Zahlen zu Produktion und den Folgekosten zu lesen. Zum Beispiel hat man das Risiko der Folgekosten des bisher ungelösten Endlagerproblems erfolgreich an den Steuerzahler verkauft. Keine Fakten in Zahlen, dafür reichlich Sprechblasen, also vorwiegend nur Stimmungsmache.

Herr Wille, bitte berichten Sie in Sachen Atomstrom weiterhin so verständlich und mit Zahlen begründet wie bisher. Die tatsächlichen Kosten der Produktion von Atomstrom und deren Risiken werden von den Befürwortern von Atomstrom natürlich verschwiegen.

Udo Imhof, Karben

SORRY

Die Wahlen, von denen in unserem Artikel „Berliner Bezirke wappnen sich“ (11.12., S.5) die Rede ist, fanden am 21. September 2021 statt, nicht am 21. Oktober.

Der Staat soll handlungsunfähig sein

Streit über die Schuldenbremse: „Wann ist es eine Investition?“, FR-Wirtschaft vom 6. Dezember

Mehr als nur klammheimliche Freude befällt einen angesichts des kopfloren Hühnerhaufens, als der sich die Berliner Politik gegenwärtig präsentiert. Mal besserwisserisch, mal selbstmitleidig, mal ratlos, aber immer die Schuld anderen zuweisend zeigt sie sich angesichts des Haushalts-Chaos, in das sie durch die Entscheidung des Verfassungsgerichts gestürzt wurde. Doch nicht das Gericht, sondern die Politik selbst, teilweise dieselben Personen und Parteien haben 2009 die unsägliche Schuldenbremse ins Grundgesetz geschrieben, an deren Konsequenzen sie jetzt zu kauen haben.

Man erinnere sich, es war der die damalige Politik beherrschende neoliberale Furor, der zu dieser selbst angelegten Fessel

geführt hat. Der Staat musste verarmt und möglichst handlungsunfähig gemacht werden. Sollte er jemals wieder gewillt sein, lenkend in den Markt einzugreifen, dem ungehinderten Profitstreben durch staatliche Maßnahmen entgegenzutreten oder eine offensive Sozialpolitik zu betreiben, dann sollte er mangels finanzieller Mittel dazu nicht mehr in der Lage sein. Und das auf Generationen hin im Grundgesetz festgeschrieben, denn wann bringt man in dieser Frage eine Zweidrittelmehrheit zustande? Und das Sozialstaatsgebot, das den Staat nicht nur ermächtigt, sondern verpflichtet, gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen zu steuern, wurde gleich mit beiseite gewischt.

Erheblich getrübt wird die Freude dadurch, dass nicht nur wichtige Projekte wie die Ertüchtigung der Bahn auf der Strecke bleiben, sondern, so viel Prophezeiung ist erlaubt, wieder die Schwächsten und Ärmsten unter Sparmaßnahmen leiden werden.

Keine Sorgen muss man sich dagegen um die wirklich wichtigen Dinge machen. Das Hundertmilliarden-Geschenk an Bundeswehr und Rüstungsindustrie ist änderungsfest. Das Lieblingsprojekt der Kriegertüchtigungspolitik, die militärische Unterstützung der Ukraine, und die Ruhigstellung der Bevölkerung angesichts der sozialen Folgen genießen, so Kanzler Scholz in seiner Videobotschaft, oberste haushaltspolitische Priorität. Winfried Möller, Staufenberg

FR ERLEBEN

Bernd Hontschik, Chirurg und FR-Kolumnist, spricht zum Thema „40 Jahre ‚Volkszählungsurteil‘ – 40 Jahre Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und der heutige Umgang mit Gesundheitsdaten am Beispiel der elektronischen Patientenakte“. Mit dem Datenschützer Roland Schäfer.

Montag 18. Dezember, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5
Frankfurt